



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KII/38 - 14. Februar 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

MdB Ludwig Metzger zu politischen Wandlungen im katholischen Lager	S. 1
Frankreich und die JNC	S. 4
Zur letzten Rundfunkrede Adenauers	S. 6
Zum Ende des Metallarbeiter Streiks in Schleswig-Holstein	S. 7

"Anlass zum Denken und Handeln"

Von Ludwig Metzger, MdB.

Die CDU bestreitet einen Teil ihrer Propaganda auf die ganz simple Weise, dass sie geflissentlich die Meinung - direkt oder indirekt - verbreitet, ein gläubiger Katholik habe auf dem politischen Feld gar keine andere Wahl, als ihr, der "christlichen" Partei, seine Stimme zu geben. Kein Einsichtiger wird unterschätzen, wieviel Gewissensdruck auf diese Weise ausgeübt wird. Deshalb ist es umso bedeutsamer, dass sich in steigendem Maße verantwortliche Katholiken, die Wert darauf legen, treue Glieder ihrer Kirche zu sein, gegen diesen Herr, der weithin auf dem katholischen Teil unseres Volkes lastet, zu wehren.

Harte Erkenntnisse im katholischen Lager

Unter diesem Gesichtspunkt ist es ausserordentlich interessant und lehrreich, z.B. die Dezembernummer der "Werkhefte Katholischer Laien" zu studieren. Es handelt sich um eine Zeitschrift, die jetzt bereits im 11. Jahr erscheint und von der Arbeitsgemeinschaft Werkhefte e.V. (Geschäftsstelle und Schriftleitung: München 15, Landwehrstrasse 44) herausgegeben wird. Sie sieht es als eine Aufgabe an, dass "Gruppen innerhalb der katholischen deutschen Öffentlichkeit das politische Faktum des Bekennens verschiedener politischer Meinungen schaffen, ohne dass die wesentliche Konformität aller Glieder des Leibes Christi angetastet wird". Keine geistliche Autorität werde von

der Sache her diese Fakten verhindern können, sobald sie aus dem Geiste der Liebe zur Kirche und aus ihr heraus geschaffon werden. Dabei kommt die Schriftleitung zu der aufmittelnden Erkenntnis, dass "die bei dem offensichtlichen Machtschwund der "christlichen" Partei in gleicher Kurve wachsende Nervosität im "christlichen Lager" sich u.U. im kommenden Wahlkampf zu nie dagewesenen geistlichen Orgien steigern" könne, die aber "im Grunde nichts anderes als Schwäche" seien.

"braucht deshalb gar kein Sozi zu werden"

Vor allen zwei konkrete politische Ziele haben sich für die Schriftleitung herauskristallisiert: 1. das Aufbrechen der faktischen Identifizierung der katholischen Kirche in der Bundesrepublik, soweit sie ein Politikum ist (und das sei sie notwendig!) mit der "christlichen" Partei; 2. die Eindämmung der in entscheidenden Punkten falschen Politik der jetzigen Bundesregierung. Jedenfalls kämen für die "Werkhefte" die erklärten Ziele der heutigen Oppositionspartei in Lebensfragen unseres Volkes den politischen Realitäten und Zweckmässigkeiten näher als die faktische Politik der heutigen Bundesregierung. Die jetzige grosse Oppositionspartei müsse nach ihrer Meinung die künftige Regierungsverantwortung übernehmen. Es sei billig, sie im Triumph einer absoluten Mehrheit des dauernden Regierens zu bezichtigen. Die CDU sei für sie nicht mehr das "kleinere Übel".

Das bedeutet nicht, dass die Zeitschrift blind auf die Karte der SPD setze, wohl aber, dass sie in ihr innerhin ein Häufchen politischen Heils mehr sehe als bei den um ihren Führer gescharten Christdemokraten. Wo aber die Macht unter wenigen politischen Parteien verteilt sei, müsse man in deren Spiel einsteigen, wenn man politisch wirksam werden wolle. Es heisst dann weiter: "Eine für "Unsereins" bittere und deshalb noch lange nicht genügend gesehene Tatsache. Konkret: Wenn man Adenauer gestürzt sehen will, muss man die SPD unterstützen (man braucht deshalb gar kein "Sozi" zu werden!)"

Gerade weil die "Werkhefte" gar nicht daran denken, sich einer Partei mit Haut und Haaren zu verschreiben, gewinnen ihre mutig gezogenen Schlussfolgerungen besondere Bedeutung.

Die Männer und Frauen, die an der Zeitschrift mitarbeiten, konnten

sich deshalb ihren klaren Blick bewahren, weil bei ihnen wesentliche Erkenntnisse nicht verlorengegangen sind. So schreibt der bekannte katholische Publizist, Professor Eugen Kogon, in seinem Artikel "Die freiheitliche Demokratie (Kirche und Demokratie)", die Opposition sei grundsätzlich notwendig und habe als eine ständige Einrichtung des demokratischen Herrschaftssystems zu gelten, die nicht bloss gelegentlich auftritt, sondern immer möglich sein muss.

So selbstverständlich das sein sollte, so wichtig ist es, dass Zeitschriften wie die "Werk-Hefte" dabei mithelfen, dass solche fundamentalen Grundsätze in unserer heutigen bundesrepublikanischen Situation nicht völlig verschüttet gehen. Kogons Begründungen verdienen weiteste Beachtung, vor allem bei denen, die es angeht.

"Perversion der Sicherheit"

In einem einleitenden Artikel der Dezember-Kummar wird in prägnanten Sätzen ^{auch} zur ausserpolitischen Lage Stellung bezogen. In unerbittlicher Prüfung kommt die Zeitschrift u. a. zu folgenden Ergebnissen: "Für die Bundesrepublik gibt es keine Sicherheit, die nicht von allen Grossmächten garantiert ist. Ihre Wiederbewaffnung wird sie nicht schützen, sondern gefährden. Der für die Bundesrepublik einzig denkbare Ernstfall heisst: III. Weltkrieg und der bedeutet für uns, mit oder ohne "Bundeswehr", die Perversion der Sicherheit, nämlich die Vernichtung. Wer zudem weiss, welche reale Angst das russische Volk vor einer deutschen Wiederaufrüstung hat, weil ihm der Schreck vor dem deutschen Militär noch lebhaft im Bewusstsein ist, und sieht, welches Kapital die Sowjets aus dieser Angst schlagen, in Russland wie in Polen und Ungarn, sieht die deutsche Wiederbewaffnung in anderen Zusammenhängen".

Das ist eine von vielen Stimmen aus dem katholischen Lager. Sie zeigt, dass man nicht mehr gewillt ist, die "aus der Kulturkampfmoral geborene Verwechslung von politischer und religiöser Bindung" mitzumachen. Man sieht nicht ein, dass viele Katholiken nur deshalb, weil sie katholisch sind, beispielsweise die NATO-Politik des Bundeskanzlers unterstützen. Wir sollten dafür sorgen, dass die Bedenken, Überlegungen und Schlussfolgerungen nachdenklicher und aufrechter Katholiken, die den Mut haben, die Politik von der Sache her zu sehen, in weitesten katholischen Kreisen bekannt werden. Das könnte für viele ein Anlass zum eigenen Nachdenken und Handeln sein.

UNO-Politik erregt Bedenken

l.o.-Paris

Die Frage, was aus den Vereinten Nationen (UNO) werden wird, beschäftigt heute unvergleichlich mehr Franzosen als noch vor wenigen Monaten. Das, was in Frankreich unter der "UNO-Algerien-Debatte" verstanden wird, hat die Aufmerksamkeit nicht nur der Berufspolitiker erregt und hat Zweifel daran entstehen lassen, ob die UNO in ihrer heutigen Form die Hoffnungen erfüllen können, die bei ihrer Gründung, am Ende des Weltkrieges, in sie gesetzt wurden. Die Algerien-Debatte wirkte dabei als "Augen-Öffner".

Bei dieser Debatte ging es bekanntlich darum, dass eine grosse Gruppe afrikanischer-asiatischer Staaten das Vorgehen Frankreichs im aufständischen Algerien zum Gegenstand heftiger Anklagen gegen Frankreich machte und die Intervention der UNO verlangte, während die Pariser Regierung, noch bevor sie auf die Anklagen selbst einging, die Zuständigkeit der UNO abstritt; ihr Hauptargument dabei war, dass Algerien seit Kriegsende keine Kolonie mehr ist, sondern ein Bestandteil Frankreichs und die Aufständischen daher französische Bürger sind.

Die Bedenken, die im Anschluss an diese Debatte entstanden, haben nun mit ihrem Inhalt ebensowenig zu tun, wie mit der Frage, ob der Pariser Standpunkt gerechtfertigt ist oder nicht. Einige Redner repetierten unermüdlich die Anklagen, die der französische Aussenminister Christian Pincau (Sozialist) bereits entkräftet zu haben glaubte. Es gab Reden, die drei Stunden dauerten, ja ein weltberühmter Diplomat hielt sogar - allerdings nicht im Zusammenhang mit Algerien - eine fünfzehnjährige Rede, in der er darlegte, warum seine Regierung, die sich seit Jahr und Tag dafür einsetzte, dass zu tun sei, was die UN wünscht, sich nunmehr, da es um ihre eigenen Interessen geht, den entgegengesetzten Standpunkt zu eigen machte. Das war Krishna Menon, Botschafter des indischen Ministerpräsidenten Nehru. Bei sehr vielen dieser Reden entstand der Eindruck, dass sie also nicht etwa dazu bestimmt waren, die direkten Zuhörer zu beeinflussen, sondern in erster Linie an die Adresse des Heimatlandes gerichtet waren. Wieder andere zeigten typische Merkmale der Propaganda, ja der Reklame, von denen eines der hervorstechenden die mehrfache Wiederholung derselben Behauptung

zu sein pflegt.

Die wirklicher Übereinkünfte, das wirkliche Ringen um Zustimmung und Stimmabgabe fand nicht im Hause selbst statt. Die Presse berichtet sehr ausführlich, wen Aussenminister Pineau aufgesucht, mit wem er gefrühstückt, mit wem er Abendbrot gegessen hatte, und sie verzeichnete ebenso die Bemühungen anderer Diplomaten oder Politiker, Kontakte ausserhalb des UNO-Palastes aufzunehmen, um für die Abstimmung vorzusorgen. Die Delegierten, die dann die langen Reden anhörten, wussten demnach, von einigen Ausnahmen abgesehen, bereits, wie sie sich zum Problem stellen und auch wie sie schliesslich abstimmen würden. In Wirklichkeit nämlich liegt - wiederum mit ganz wenigen Ausnahmen - die Entscheidung gar nicht bei ihnen. Sie liegt bei ihren Regierungen, nach deren Weisung sie vorgehen.

Nun kann eingewendet werden, dass sich in dieser Hinsicht das Weltparlament der UNO gar nicht so sehr von den nationalen Parlamenten unterscheidet. Auch bei diesen sind die meisten Abgeordneten an Entscheidungen ihrer Parteiregierung gebunden, und es werden Reden "zum Fenster hinaus" d.h. an die Wähler, gehalten. Und doch scheint gerade den Franzosen, die an reichlich lebhaftes parlamentarisches Rededuelle gewohnt sind, ein erheblicher, sogar ein entscheidender Unterschied zwischen dem nationalen Parlament und dem internationalen Forum der UNO zu bestehen: Bei den UNO treten nicht Parteiredner auf, sondern Staatsvertreter, in erster Linie Berufsdiplomaten. Eine Partei, so sagen die französischen Kritiker, hat von vornherein ein Parteiprogramm, das seinerseits auf einer Grundeinstellung beruht; die JEO-Diplomaten jedoch sind an Weisungen gebunden, die sich aus der Tagespolitik und den Neigungen ihrer Regierungen ergeben. Diese Neigungen sowie die politischen Zielsetzungen jedoch können sich von einem Tag zum anderen grundsätzlich ändern.

Die "Richter", die im Falle Algeriens über Frankreich richten sollten, kannten ihren Richtspruch also schon zuvor, und ebenso wissen sie ihn in anderen Fällen. Denn ihr Richtspruch ist identisch mit der Weisung, die sie von ihrer Regierung erhalten haben. Dazu aber kommt, dass in manchen Fällen diese Regierung in Wirklichkeit den Weisungen einer anderen einfach zu folgen hat; man braucht nur an das Verhältnis der in den UNOvertretern Sowjetrepublikern zu Moskau oder an das der sogenannten "Satelliten" zum Krenl zu denken, um zu verstehen, was mit diesem Hinweis gemeint ist.

Die Bedenken, die hinsichtlich der bei den UNO zur Regel gewordenen Prozedur im Anschluss an die Algerien-Debatte entstanden, haben sich in ernste Sorgen verwandelt.

Der Kanzler und die Sicherheit

sp. Die Versuche Adenauers, sich mit dem SPD-Vorschlag für ein kollektives europäisches Sicherheitssystem zu beschäftigen, leiden an dem entscheidenden Mangel, dass dem Kanzler, und das hat seine Mittwoch-Rundfunkrede wiederum gezeigt, ganz einfach die wissenschaftlichen Voraussetzungen zu fehlen scheinen. Anders ist es nicht zu erklären, dass der Kanzler seinen Hörern, die ja schliesslich das Sieben-Punkte-Programm Ollenhauers zu diesem Sicherheitssystem schwarz auf weiss in den Zeitungen gelesen haben, erzählt, man wisse nicht, wie dieses System aussehen und welche Länder es umfassen solle. Zu dieser erstaunlichen Unwissenheit des Kanzlers gehört auch seine Bemerkung, dass Europa und die Welt von diesem System "allein" doch nicht Frieden und Sicherheit erwarten könnten. Das hat niemand behauptet und das steht nirgends, denn schliesslich handelt es sich bei dem Sicherheitssystem um einen Regional-Pakt und ausserdem heisst es in dem Ollenhauer-Plan ausdrücklich, dass die Bemühungen um eine allgemeine internationale kontrollierte Abrüstung gehen sollen. Das alles kann man nachlesen. Wenn man will.

Adenauer hat aber in seiner Rundfunk-Rede noch einen Punkt angesprochen, mit dem zu beschäftigen es sich wirklich lohnt. Der Kanzler sagte, um den Wert des Sicherheitssystems herabzumindern: "Wenn es zu einem Kriege mit nuklearen ferngesteuerten Kampfmitteln kommt, verliert ein europäisches Sicherheitssystem ausserordentlich an Bedeutung." Man wird dem Kanzler in dieser fundamentalen Erkenntnis nicht widersprochen können. Ein Krieg mit diesen wirklich apokalyptischen Massenvernichtungswaffen würde aber noch ganz andere Gegebenheiten begünstigen, so beispielsweise die NATO, die in dem von Adenauer konstruierten Weltkatastrophenfall dann wohl auch "ausserordentlich an Bedeutung verlieren" würde.

So also, und das meinen wir mit vollem Ernst, kann und darf sich der amtierende Bonner Regierungschef nicht mit dem Vorschlag der Opposition auseinandersetzen, der inzwischen zu einem Kernpunkt^{der} nationalen und internationalen Diskussion geworden ist. Der Versuch, dieses ernsthafte Projekt mit banalen "Argumenten" abwürgen zu wollen, entspricht nicht dem Niveau eines Bundeskanzlers.

Die Feinlichkeit dieses Versuches wird noch offener, wenn

auf der anderen Seite zugleich festzustellen ist, dass der stellvertretende CDU-Vorsitzende, Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier dieses von der SPD vorgeschlagene Sicherheitssystem durchaus als einen möglichen Fall der ausreichenden Sicherheit für ganz Deutschland gelten lässt, die anstelle der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik zur Diskussion gestellt werden kann.

Konrad Adenauer fordert ständig, und auch in seiner Mittwoch-Rede, ein Abkommen zur Ausmerzung der grossen nuklearen Waffen. So berechtigt diese Forderung ist, sie genügt nicht, weil die Abrüstung nur dann sinnvoll ist, wenn sie alle Massenvernichtungswaffen umfasst, gleich ob Atom- oder "konventionelle" Kampfmittel. Des Kanzlers Verlangen nach Verbot der Atomwaffen gerät in ein schillerndes Licht, wenn er gleichzeitig seinen Verteidigungsminister unentwegt nach Atomwaffen für die Bundeswehr rufen lässt. Herr Strauss bezeichnete am 11. Februar in Bad Boll die Ausstattung der europäischen NATO-Streitkräfte mit Atomwaffen als "unaufhaltsam", und fügte hinzu: "Auch wenn dies die Amerikaner vielleicht nicht gern wollten." Der Bundeskanzler wird sich dann nicht wundern dürfen, wenn die SPD seine Politik mit grossen Misstrauen betrachtet und sie bekämpft.

+ + +

Lehren für die Zukunft

sp. Mit der Arbeitsaufnahme in den Schiffswärtern von Schleswig-Holstein am Freitag dieser Woche endet eine der längsten und erbittertsten sozialpolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik. Es ging hier um die Durchsetzung eines auch im Grundgesetz festgelegten Rechtes, um die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfall. Das Grundgesetz kennt keine Unterschiede zwischen "Bürgern" und "Bürgern"; das geltende Sozial- und Arbeitsrecht ist jedoch noch weit von der Verwirklichung dieses Postulates nach Gleichstellung entfernt.

Die Metallarbeiter von Schleswig-Holstein versuchten nun, die Gleichheit der Behandlung und ihre Forderung nach Lohnausgleich im Krankheitsfälle nach dem Scheitern aller vorhergehender Verhandlungen

durch den Streik durchzusetzen. Sie betraten damit soziales Neuland. Die Härte dieses in vieler Hinsicht einzigartigen Kampfes erklärt sich aus dem Gefühl der Arbeiter, nicht mehr Bürger minderen Rechtes bleiben zu wollen.

Den Streikenden war kein voller Erfolg beschieden; innerhin wurden beträchtliche Einbrüche erzielt und das Prinzip der Lohnfortzahlung in Krankheitsfälle, wenn auch mit Einschränkungen, von dem bestreikten Unternehmen anerkannt. Sie hätten das billiger haben können. Das Weitere liegt nun an der Bundesgesetzgebung. Entsprechende Gesetzentwürfe der Sozialdemokraten liegen schon seit langem vor; ihre Behandlung, wie es der Taktik der Regierungsmehrheit der letzten Zeit entsprach, wieder zu verzögern, würde gewisse früher oder später die Ungeduld der Arbeitenden auf eine neue Probe stellen und zu neuen Konflikten führen.

Wie ernst es den Arbeitern von Schleswig-Holstein um die Erweiterung des geltenden Sozialrechts ist, beweist das Abstimmungsergebnis über den ihnen von der Gewerkschaft vorgelegten Kompromiss. Nur rd 40 % der Streikenden traten für seine Annahme ein. Die grosse Mehrheit war - und dies nach mehr als drei Monaten - zum Weiterstreiken entschlossen. Der Streik musste aber abgebrochen werden, da die Gewerkschaftsstatuten eine Mehrheit von 75 % der Abstimmenden für jeden Streikbeschluss vorsehen. Immerhin: Das Abstimmungsergebnis ist ein unüberhörbares Warnsignal; es bekundet die Entschlossenheit der Arbeiter, auf ein im Grundgesetz festgelegtes Recht nicht zu verzichten. Es ihnen zu verweigern, wäre gewisse dem Arbeitsfrieden in der Bundesrepublik nicht dienlich.

*

*

*